

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

261 (7.11.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. H. X. 3400.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 261

Mittwoch, den 7. November 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In den Vereinigten Staaten fanden am Dienstag die Kongresswahlen statt, die voraussichtlich den demokratischen Rooseveltanhängern den Sieg bringen.

In Paris beginnt am Donnerstag im Parlament der Entscheidungsschritt um Doumergues Verfassungsreform; zunächst wurden am Dienstag nur Nachrufe auf König Alexander, Barthou und Poincaré angehört.

Die innerpolitische Lage in Frankreich ist noch ungeklärt. Die radikalsozialistischen Minister stimmen mit Doumergue in verschiedenen Punkten nicht überein.

In Prag sprach Außenminister Beneš vor dem Parlament über die politische Lage, Ministerpräsident Malypetr über die Wirtschaftslage.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös verhandelte am Dienstag mit Mussolini über politische Fragen.

Der französische Handelsminister Lamoureux muß seine beabsichtigte Reise nach Moskau wegen der innerpolitischen Lage in Frankreich verschieben. Die Regierung hat in der Kammer zwei Gesetzentwürfe über die Einschränkung der Straßenlandgebungen und gegen den Waffenmißbrauch eingebracht.

Das spanische Parlament hat dem Ministerpräsidenten Lerroux das Vertrauen ausgesprochen. — Spanien scheint von einer neuen Generalliste heimgejagt zu werden. In einigen Städten ist der Generalliste ausgerufen worden. Ein großer Teil der Arbeiter hat dem Streikaufruf Folge geleistet.

Staatsminister Wagner-München ist zum ehrenamtlichen Vorsitzenden des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ernannt worden.

Der französische Außenminister Laval empfing nach einem Havas-Bericht am Dienstag den deutschen Botschafter Köpfer. Es wurden vor allem gewisse Fragen der Volksabstimmung im Saargebiet besprochen, wobei Laval die Mitteilungen der ausländischen Presse über angebliche militärische Maßnahmen dementierte.

## Der 9. November in Berlin

Berlin, 6. Nov. Die NSR. meldet: Berlin wird am 9. November im Zeichen des Gedenkens an die Gefallenen der Bewegung stehen. An allen Gräbern, in denen Vorkämpfer des Nationalsozialismus ruhen und am Ehrenmal am Fehrbelliner Platz werden Ehrenwachen aufgestellt. Am Haupteingang der Straße 1A wird eine Gedenktafel für den am 7. Juni 1932 gefallenen SA-Mann Friedrich Schirder enthüllt werden. Am Abend findet im Sportpalast eine große Kundgebung statt, in deren Mittelpunkt der feierliche Uebertritt von 200 Hitlerjungen in die SA steht. Im Anschluß daran marschieren die Ehrenformationen zum Großen Zapfenstecher und Vorbeimarsch am Ehrenmal am Fehrbelliner Platz.

## Eine Schiller-Gedenkfeier in Weimar

Weimar, 6. Nov. Der Schillertag am 10. November wird in Weimar in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung und der Länderregierungen mit einer Aufführung der 9. Symphonie von Beethoven unter Leitung von Professor Hans Pfitzner feierlich begangen werden. Die Gedenkrede wird Reichsminister Dr. Goebbels halten. Aus Anlaß des Gedenktages zu Ehren der Gefallenen der Bewegung bringt das Deutsche Nationaltheater in Weimar am 9. November innerhalb einer Schiller-Festwoche den „Wilhelm Tell“ zur Aufführung.

## Dr. Goebbels über die Arbeit der Landesstellenleiter

Arbeitsstagung im Ministerium.  
D. W. Berlin, 6. Nov. Heute nachmittags versammelten sich die Landesstellenleiter und Referenten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu einer Arbeitsstagung im Ministerium. Reichsminister Dr. Goebbels leitete die Tagung mit grundsätzlichen Ausführungen über die Arbeit der Landesstellenleiter ein. Er gab dabei einen umfassenden Überblick über die politische Lage und die daraus sich für Presse, Rundfunk und Propaganda ergebenden Aufgaben. In mehrstündiger Aussprache wurden darauf alle Gebiete der Tätigkeit des Ministeriums durchgearbeitet. Am Abend besuchten die Teilnehmer der Tagung zusammen mit Reichsminister Dr. Goebbels die „Fledermaus“ im Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg.

## Die Pariser Krise

Der französische Ministerrat

Paris, 6. Nov. Obgleich in der amtlichen Mitteilung über den am Vormittag abgehaltenen Ministerrat kein Wort über die innerpolitischen Schwierigkeiten enthalten war, so erfährt man aus gut unterrichteten politischen Kreisen, daß der Ministerrat zum größten Teil der Beratung über die Haltung der radikalsozialistischen Vertreter im Kabinett gegenüber der Vorlage der drei provisorischen Haushaltswörter gewidmet war. Man verifiziert, daß Herriot seinen Kollegen klar und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß seine politischen Freunde es ablehnten, Doumergue auf diesem Wege zu folgen. Doumergue soll darauf Herriot die Frage gestellt haben, welche Folge seiner Ansicht nach der Rücktritt der sechs radikalsozialistischen Minister haben würde. Um hierüber zu beraten, haben sich Herriot und seine radikalsozialistischen Kollegen während des Ministerrates in einen Nebenraum zurückgezogen und über eine halbe Stunde beraten. Schließlich soll Herriot auf Drängen des radikalsozialistischen Innenministers Marchand und des Außenministers Laval sich bereit gefunden haben, seine Entscheidung bis zum nächsten Ministerrat zu vertagen, der Donnerstag vormittag stattfindet. Wenn Herriot mit seinen radikalsozialistischen Kollegen doch zurücktreten sollte, so rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß Ministerpräsident Doumergue unverzüglich dem Präsidenten der Republik den Gesamtrücktritt des Kabinetts mitteilen werde.

Die sozialrepublikanische Kammerfraktion nahm eine Entschleunigung an, in der sie sich gegen die Bewilligung der drei Haushaltswörter ausspricht.

Die 167 Mitglieder zählende Senatsfraktion der Demokratischen Linken hat mit 96 gegen 2 Stimmen, also in Abwesenheit von 69 Fraktionsmitgliedern, den Beschluß gefaßt, Ministerpräsident Doumergue vor einer Verfassungsreform zu warnen, die die Beseitigung des Senatstutagens im Falle einer Kammerauflösung zur Folge hätte.

## Lamoureux' Reise nach Moskau verschoben

Paris, 6. Nov. Handelsminister Lamoureux, der Dienstag mit einer Reise nach Moskau antreten sollte, hat sie wegen der innerpolitischen Lage aufgeschoben. Wie er erklärte, seien die Umstände zu ernst, als daß er gegenwärtig an eine Abreise denken könnte.

## Kammer Sitzung in Paris

Vertagung auf Donnerstag

Paris, 6. Nov. Die Kammer Sitzung am Dienstag nachmittags wurde mit einem Nachruf des Kammerpräsidenten Bouisson auf König Alexander von Südbanien, Barthou und Poincaré eröffnet. Bouisson sagte u. a.: König Alexander habe das wiedererwachende Südbanien in voller Uebereinstimmung mit ausländischen Ministern, die derselben Sache ergeben seien, wie ein Beneš und ein Titulescu, mit klarem Willen den Friedensweg gewählt. Die Kammer wünsche, daß die Verantwortlichen, die den abheuligen Anschlag möglich machten, gesucht und bestraft würden. Zu dem Verlust Frankreichs durch das Hinscheiden Barthous und Poincares sagte der Redner u. a., die von Tag zu Tag wachsende Autorität Barthous werde Frankreich fehlen. Wie habe er sich bereit gefunden, die Republik schmälern zu lassen. Poincaré bezeichnete der Redner als einen der größten Staatsmänner des gegenwärtigen Europas. Poincaré sei der Ueberzeugung gewesen, daß die Einigkeit, die er in den ersten Tagen 1914 verwirklichte, weiter notwendig sei. Die Kammer würde durch Verwirklichung dieser Einheit in den schweren Tagen der Gegenwart dem Beispiel Poincares treu bleiben.

Die Kammer hörte den Nachruf stehend an. Der linke Flügel brach mehrfach in lebhaften Beifall aus bei Hinweisen des Redners auf die Treue Barthous und Poincares zu den Einrichtungen der Republik und des Parlamentarismus.

Im Namen der Regierung verlas Ministerpräsident Doumergue in der Kammer und Außenminister Laval in der Senat einen Nachruf, in dem es u. a. heißt: Unter den Ereignissen, die in letzter Zeit das Leben der Völker beeinflussten, konnte keines die europäische Völkergemeinschaft schmerzlicher treffen als das Drama des 9. Oktober, konnte kein fürchterlicheres Verbrechen gegen den Frieden begangen werden. Der Herrscher eines edlen Volkes ist in unserem Lande gefallen als Opfer derselben fremdländischen Hand, die neben ihm einen großen Diener der Republik traf. König Alexander hat den Frieden, dem niemand zu dienen aufhören darf, wenn er nicht die Freundschaft Frankreichs verlieren will, noch in letzter Stunde verteidigt. Kam er doch, der Gefahren bewußt, die Europa drohen, nach Frankreich, um sie zu beschwören und um die Tätigkeit seiner Regierung mit der der französischen Regierung im Hinblick auf eine unerläßliche Zusammenarbeit und notwendige Abmachungen in Einklang zu bringen. Das Bündnis zwischen Frankreich und Südbanien zur Aufrechterhaltung und

festigung der europäischen Ordnung, schöpft in der Trauer beider Länder neue Kraft und neue Daseinsberechtigung. Der restlose Bestand des südbanischen Staates einig und stark, ist eine Bedingung des Friedens in Europa. Der König ist tot, seine Politik dauert an.

Während Ministerpräsident Doumergue von der Regierungsbank aus sprach, blieb der linke Flügel des Hauses sitzen. Die Kammer vertagte sich dann zum Zeichen der Trauer auf Donnerstag.

## Der deutsche Botschafter bei Laval

D. W. Paris, 6. Nov. Havas meldet: Der französische Außenminister Laval hat Dienstag nachmittags den deutschen Botschafter Roland Köpfer empfangen, mit dem er sich ausführlich über die verschiedenen Probleme unterhalten hat, die beide Länder interessieren, insbesondere über gewisse Fragen der Volksabstimmung im Saargebiet. Im Verlaufe dieser Unterredung hat der französische Außenminister festgestellt, daß Frankreich auf seine der Pflichten, die ihm in Ausführung seiner internationalen Verpflichtungen dem Völkerverbund gegenüber obliegen, verzichten wolle noch könne. Außenminister Laval legte andererseits Wert darauf, die Mitteilungen der ausländischen Presse über angebliche militärische Maßnahmen und insbesondere über Truppenverschiebungen zu dementieren, um damit jedem Mißverständnis die Spitze abubrechen. Der Botschafter hat, indem er der Auffassung der Reichsregierung Ausdruck verlieh, bestätigt, daß Deutschland in keiner Weise die durch den Friedensvertrag festgelegten Bedingungen zur Gewährleistung der Abstimmungsfrist der Saarländer verletzen wolle. Der französische Außenminister nahm mit Genugtuung diese Erklärung zur Kenntnis, um seinerseits daran zu erinnern, daß die Absichten der französischen Regierung hinsichtlich der völligen Lösung dieser Abstimmungsfrist stets ebenso klar gewesen seien.

## Ein neuer Beweis der Struppellostigkeit der marxistischen Hehe gegen die Deutsche Front

August Herb vom Obersten Abstimmungsgericht freigesprochen.

D. W. Saarbrücken, 6. Nov. Einen neuen Beweis, mit welcher Struppellostigkeit die kommunistisch-marxistischen Terroristen an der Saar gegen die Deutsche Front heken, lieferte eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Obersten Abstimmungsgericht stattfand. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Meredith (Irland) fand die Verhandlung gegen den Leiter des Verbandes deutscher Rundfunkteilnehmer an der Saar, August Herb, statt, der beschuldigt war, am 11. Oktober in einer Versammlung zu Oberlinzweiler die Regierungskommission beschimpft, verleumdet und bedroht zu haben. Die Anklage ging von dem Kommunistenführer L'Hoste aus, der eine traurige Berühmtheit durch seine massenhaften Einsprüche gegen die Abstimmungslisten erhalten hat. Er wählte der Versammlung zwar nicht selber bei, bezog aber seine Kenntnis von drei jungen Kommunisten, die sich als Späher in die Versammlung eingeschlichen hatten. Der Beschuldigte soll nach der Aussage dieser drei Zeugen in einer Rede, die er bereits 117mal im ganzen gehalten hat, jetzt mit einem Male geizig haben: „Die fremden Herren, die wir nicht gerufen haben, fassieren das ganze Jahr hindurch die Rundfunkgebühren, die sie nichts angehen. Das Geld, das ja doch in einen Sack fließt, können sie ruhig mitnehmen. Wir werden ihnen gern auf die vollgefressenen Rüden sehen. Sie sollen machen, daß sie am 13. Januar um 12 Uhr ihre Koffer gepackt haben und den letzten Zug kriegen. Wenn wir sie um 12,01 Uhr noch antreffen, werden wir ihnen nachhelfen.“

Der Angeklagte führte die Anklage auf einen Rauepott politischer Gegner zurück. Er habe von den uns innerlich fremden Herren gesprochen, die früher den deutschen Rundfunk beherrschten, die mit einem Sack voll Geld, zumteil auch nach dem Saargebiet, entkommen konnten, und diese Beherrscher des deutschen Rundfunks von damals habe er mit dem jetzigen deutschen Rundfunksystem in Gegensatz gestellt.

Einige Zeugen schilderten den Sinn der Ausführungen Herbs wie der Angeklagte. Angriffe gegen die Regierungskommission seien in keiner Weise gefallen. Auch der Landjäger, der die Versammlung überwachte, machte die gleichen Aussagen. Trotz dieses einwandfreien Sachverhalts beantragte der Generalstaatsanwalt, der Italiener Martina, eine Geldstrafe von 3000 Francs. Das Gericht kam nach einer Beratung von anderthalb Stunden zu einem Freispruch.

## 20 000 RM. für den besten Roman für die deutsch-französische Verständigung

Berlin, 6. Nov. Der deutsche Verlag Batschari hat für den besten Roman, der das Problem der deutsch-französischen Verständigung behandelt, einen Preis von 20 000 RM. ausgesetzt. Das Preisrichteramt hat deutscherseits im Einvernehmen mit Reichsminister Dr. Goebbels der Präsident der Reichsdruckschriftmischer Dr. Hans Friedrich Blund übernommen. Die Bedinungen werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.



# Marktordnung

Zum Reichsbauerntag in Goslar

Von Dr. Hans Adalbert Schweigart, Abteilungsleiter im Reichskommissariat für Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft.

Der Liberalismus liegt hinter uns, dieses Zeitalter, in dem deutsche Bauernarbeit der Willkür profitgieriger Börsenspekulanten preisgegeben war und Angebot und Nachfrage entscheidend für den Preis bäuerlicher Erzeugnisse und deutschen Nahrungsgutes gewesen sind. Eine geregelte Erzeugung gab es nicht; wir durcheinander ging das Räderwerk der bäuerlichen Wirtschaft. Eine gute Ernte wurde nicht etwa als ein Geschenk des Himmels, sondern als hohes Angebot angesehen und dementsprechend mit niederm Preis bewertet. Ein naturgegebener, hoher Milchankauf im Frühjahr wurde selbstredend zum übelsten Preisdruck für Milch, Butter und Käse benutzt. Die Ausbeute der Walfischjäger, die billigte aller Fettquellen, bestimmte den Preis für deutsche Fette. In das Hin und Her des Weltmarktes wurde die bäuerliche Wirtschaft hineingezogen, der Bauer schaltete sich mit seiner Erzeugung ohne Rücksicht auf den Bedarf in die Spekulation ein, wenn er auch meist hinter der Konjunktur herließ. So kam es, daß er außerstande war, mit seiner Wirtschaft den geringsten Krisen standzuhalten.

Es war eine Angelegenheit grundsätzlicher Natur, wenn eine Wirtschaftsordnung geschaffen wurde, in der die bäuerliche Wirtschaft organisch auf die gegebenen Boden- und Klimaverhältnisse und auf den Bedarf eingestellt wird.

Das hat eine Marktordnung zur Folge, in die sich jede bäuerliche Einzelwirtschaft, jede Einzelwirtschaft eines Wirtschaftszweiges, der vor- oder nachgeordnet mit der bäuerlichen Wirtschaft zu tun hat oder mit ihr verbunden ist, eingliedern muß und in enger Pflichtgebundenheit den Forderungen und Notwendigkeiten der nationalen deutschen Volkswirtschaft und dem Gemeinwohl zu dienen hat. Pflichtgebundene Wirtschaftsführung ist die Grundlage, auf der die nationalsozialistische Marktordnung fußt.

Ihre Hauptmerkmale sind: 1. Einstellung der Erzeugung auf den Bedarf. 2. Ueberwachte Einfuhr nach Bedarf und gegen Tausch. 3. Sinnvolle Warenverteilung. 4. Gerechter, festgesetzter Preis. Bedarf und Bedarfsdeckung stehen also im Vordergrund unserer deutschen Agrarpolitik, und die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird stets abgestimmt auf den deutschen Bedarf. Deshalb ist es bei der heutigen Wirtschaftsführung selbstverständlich, daß für jeden Zentner Butter, für jede Tonne Röhre, für jeden Saft Desfaat oder für irgend andere Nahrungserzeugnisse das Ausland verpflichtet wird, die entsprechende Menge deutscher Industrieerzeugnisse abzunehmen. Diesen Weg hat der Reichsbauernführer und Reichsernährungsminister Dr. Darré seit seinem Amtsantritt beschritten und hat damit richtunggebend die deutsche Außenhandelspolitik auf eine neue Grundlage gestellt. Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, das Lenten der Ware in die einzelnen Kanäle wird nach ähnlichen Gesichtspunkten geordnet und überwacht. Gerade auf diesem Gebiet spielten sich früher die traurigsten Kapitel liberalistischer Wirtschaftsführung in Bezug auf Konjunktur und Spekulation ab. Der Händler bäuerlicher Erzeugnisse ist heute schon bald ein überwundener Begriff. An seine Stelle tritt der Sammler und Verteiler, der sein Betätigungsfeld von einer höheren Gemeinschaft, den Marktverbänden, zugewiesen erhält. Dadurch bildet sich wieder der Begriff des realen Handels mit Qualitätsware heraus. Jedem noch so skeptischen Beobachter wird einleuchten müssen, daß gemäß diesen drei Grundgesetzen nationalsozialistischer Marktregelung ein geregelter Preis auf gerechter Grundlage die Folge sein muß. Dieser gerechte Preis muß dem Erzeuger die Herstellungskosten und die auf die Erzeugung fallenden Lasten decken, wobei er imstande sein muß, fortschrittliche Methoden anzuwenden, um die höchstmögliche Erzeugung zu gewinnen. Ferner muß ihm der gerechte Preis für die Erhaltung des Hofes einen entsprechenden Anteil gewährleisten und ihm einen bescheidenen Nutzen abwerfen. Der gerechte Preis muß aber weiter auch dem Verbraucher wie dem Verteiler einen auskömmlichen Lohn für die aufgewendete Arbeit geben und schließlich dem Verbraucher die Anschaffung der Ware seiner Kaufkraft entsprechend ermöglichen.

Durch das Reichsnährstoffsengesetz ist es heute schon möglich gewesen, Festpreise für nahezu alle wichtigen Erzeugnisse des Bauern festzusetzen. Durch die Ueberführung der Preisbewegung von der Labilitätskurve zur Stabilitätskurve ergibt sich folgerichtig, daß der einzelne Volksgenosse heute genau ermitteln kann, welchen bestimmten, ebenfalls stabilen Teil seines Einkommens er für seine und seiner Fa-

milie Ernährung von seinem Einkommen abzugeben muß. Nicht mehr ein von großen Schwankungen abhängiger Prozentsatz seines Einkommens, sondern ein von vornherein zu errechnender, fester Satz bleibt für die Deckung seines übrigen Bedarfs aus der deutschen Wirtschaft und das bedingt eine Gleichmäßigkeit des Beschäftigungsgrades in der deutschen Wirtschaft überhaupt. Der Reichsbauernführer hat heute die Fäden der bäuerlichen Wirtschaft fest und sicher in der Hand. Er hat im Sinne unseres Führers den weltanschaulichen Unterbau des Nationalsozialismus, nämlich die Erkenntnis, daß das Bauerntum das Fundament des Staates ist, daß Blut und Boden die Lebensgrundlagen unseres Volkes sind, gefestigt und krebt dem gewaltigen Ziel zu: Deutschlands Nahrungsfreiheit! Hierfür ist unsere heutige Agrarpolitik, deren Rückgrat eine organische Marktordnung ist, eingestellt und stetig und sicher wird Stein um Stein, Block um Block hinzugefügt, um sie als ehernes Bollwerk richtunggebend für die gesamte Wirtschaftspolitik erstehen zu lassen.

## „a. D.“ statt „i. N.“

Der Reichsminister des Innern hat folgendes Schreiben an die Landesregierungen gerichtet: „Ich habe bisher folgenden Standpunkt vertreten: Aus Paragraph 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Entlassung wegen mangelnder Vorbildung oder Eignung, die sog. „Bestimmung gegen Parteibuchbeamte“) ergibt sich zweifellos der Wille des Gesetzgebers, dem aus dem Dienst entlassenen Beamten neben den vermögensrechtlichen Ansprüchen auch den Anspruch auf Weiterführung der Amtsbezeichnung und des Titels zu entziehen. Gleiches gilt auch in den Fällen des Paragraphen 2a des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in der Fassung des Gesetzes vom 20. Juli 1933 (Entlassung wegen kommunalistischer Betätigung). In Paragraph 4 des Berufsbeamtengesetzes (Entlassung wegen der früheren politischen Betätigung) steht dagegen eine die Weiterführung der Amtsbezeichnung und des Titels unterliegende Bestimmung. Da die nach Paragraph 4 entlassenen Beamten jedoch kein Ruhegehalt, sondern eine Rente in Höhe von drei Viertel des Ruhegebaldes beziehen, wird der Zusatz zur Amtsbezeichnung nicht „i. N.“, sondern nur „a. D.“ lauten dürfen.

## Polizeiliche Schließung von Geschäften

In Kassel sind am Montag auf Grund des Erlasses des preussischen Ministerpräsidenten über Preissteigerungen mehrere Fleischereibetriebe u. Kolonialwarengeschäfte vorübergehend geschlossen worden, weil festgestellt wurde, daß sie die Preisverordnung nicht beachtet hatten. Nach Abstellung der Mängel werden die Geschäfte wieder geöffnet. In Fulda sind einige Metzgereien, bei denen unbedeutende Preissteigerungen festgestellt wurden, bis auf weiteres geschlossen worden. In Hildesheim (Oberschlesien) ist ein Fleischereibetrieb, und in Weiden sind vier Fleischereibetriebe polizeilich geschlossen worden, weil die Geschäftsinhaber sich geweigert haben, den auf Grund der Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung getroffenen Anordnungen nachzukommen.

In Berlin war das Ergebnis der Nachprüfung in Einzelhandelsgeschäften und Fleischläden verschiedener Stadtteile zufriedenstellend. Es hat sich gezeigt, daß die Berliner Geschäfte im Einzelhandel ihre Richtpreise so ziemlich einhielten. Benutzt werden mußte allerdings das häufige Befehlen eines sichtbaren Preisaushanges.

## Ein Jahr ein Monat Zuchthaus für Schädigung des Winterhilfswertes

M. Weismünde, 6. Nov. Die Große Strafkammer im Verden verhandelte am Dienstag im Amtsgericht Weismünde-Lehe gegen den ehem. Ortsgruppenamtsleiter der NSDAP, in Göttingen, Franz Wellbrod. Wellbrod hat bei der Beschaffung von 600 Zentnern Kartoffeln für das Winterhilfswort sich einen Vorteil von 60 RM., also 10 Pfg. pro Zentner, verschafft und darüber der Kreisleitung der NSDAP eine gefälschte Quittung abgeliefert. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise 5 weitere Tage Zuchthaus und zur Tragung der Verfahrungskosten.

## Das ägyptische Kabinett zurückgetreten

Kairo, 6. Nov. König Fuad hat am Dienstag den Rücktritt des Kabinetts Nehia Pascha angenommen.

## Dreier-Ausschuß für die Saarabstimmung zusammengereitet

Rom, 6. Nov. Am Dienstag fand im Palazzo Chigi eine Zusammenkunft des Dreier-Ausschusses für die Saarabstimmung, bestehend aus dem Vorsitzenden Baron Aloisi, dem Argentinier Cantilo und dem Spanier Olivan. Statt. Der Völkerbundsrat hatte in seiner Sitzung vom 8. September den Auftrag des Dreier-Ausschusses ausgedehnt, indem er ihn ermächtigte, an das Studium verschiedener technischer Fragen, die mit der Saarabstimmung zusammenhängen, zu gehen unter Hinzuziehung Sachverständiger, wenn er es für gut erachte. Der Zweck der Sitzung in Rom ist der, die Ergebnisse der bisherigen Schritte und Studien zu überprüfen und Vorschläge zu machen, die dem Völkerbundsrat in seiner nächsten Sitzung unterbreitet werden sollen.

## Büffel bei Baron Aloisi

M. Rom, 6. Nov. Am Dienstag wurde der Saarbevollmächtigte des Reichs, Baron Aloisi, in Begleitung des Vortragenden, Legationsrates Dr. Voigt, vom Auswärtigen Amt, und des Botschafters Hassell im Palazzo Chigi vom Präsidenten des Dreierauschusses, Baron Aloisi, zu einer Unterredung empfangen.

## Staatsminister Adolf Wagner ehrenamtlicher Vorsitzender des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

M. München, 6. Nov. Staatsminister Adolf Wagner, der Gauleiter des Traditionslandes München oder Bayern hat sich entschlossen, dem aus einem einstimmig gefassten Beschluß des Gesamtvorstandes des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes beruhenden Wunsch zu entsprechen, den Vorsitz des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes im Ehrenamt zu übernehmen. Der Stellvertreter des Führers hat seine Zustimmung hierzu gegeben. Damit hat sich im Deutschen Sparkassen- und Giroverband die gleiche Entwicklung vollzogen, die sie bereits im Verband der öffentlichen Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten, sowie im Deutschen Gemeindegeld eingetretten ist. An der Spitze des Ersteren steht bekanntlich der Oberpräsident der Provinz Pommern, Gauleiter Schmede, an der Spitze des Letzteren der Reichsleiter der NSDAP, Oberbürgermeister Fiebler. Damit steht sowohl die Gesamtorganisation der deutschen Gemeinden wie auch die der öffentlichen Versicherungsanstalten und die der öffentlichen Sparkassen unter der Führung namhafter Nationalsozialisten.

## Erste Arbeitstagung der Gaugerichtsvorsitzenden

M. München, 6. Nov. In Anwesenheit des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, fand am Dienstag vormittag im kleinen Sitzungssaal des Münchener Rathauses die erste Arbeitstagung der Gaugerichtsvorsitzenden statt. Reichsleiter Buch, der die Tagung leitete, begrüßte den Stellvertreter des Führers und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß dieser sein Interesse an der ersten Arbeitstagung der Gaugerichtsvorsitzenden durch sein persönliches Erscheinen betonte. Auf der Tagung erörterte der Gaugerichtsvorsitzende von Württemberg, Hg. Hill, einen ausführlichen Bericht über die von ihm in Württemberg geleitete Einrichtung des Parteigerichtssapparates, die in vieler Hinsicht als musterhaft gelten darf. In den Worten schloß sich eine lebhafte und fruchtbare Aussprache an. Die Tagung wird fortgesetzt.

## Gömbös bei Mussolini

Rom, 6. Nov. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös begab sich Dienstag morgen in den königlichen Palast, wo er sich in das Gästebuch eintrug. Um 11 Uhr suchte er Mussolini im Palazzo Venezia auf, mit dem er eine lange Unterredung hatte. Die Zeitungen widmeten Gömbös lange Artikel, in denen die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hervorgehoben werden.

## Kommunistische Verschwörer in Südlawien

Belgrad, 6. Nov. Wie verlautet, entdeckte die jugoslawische Polizei in Subotiza an der jugoslawisch-ungarischen Grenze eine weitverzweigte kommunistische Organisation. Die Polizei nahm über 30 Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befinden sich Studenten der dortigen Rechtsakademie, Handwerker und Arbeiter. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

# Die Siegerin

Roman von J. Schneider-Foerster  
URHEBER-RECHTSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(27. Fortsetzung.)

„Recht schönen guten Morgen, Papa!“  
„Steffie, du —?“  
„Ja! Halte ich nicht Wort? Wie geht es dir? Das Befinden von Mama ist leidlich. Einen Augenblick, bitte, sie möchte dich selber sprechen.“ Und dann war Frau von Brentanos ruhige Stimme im Hörer zu vernehmen. „Ich danke Ihnen, daß Sie mir Stephanie geschickt haben, Baron. So bald es geht, bekommen Sie sie wieder zurück.“

Und dann lachte wieder Steffies Stimme aus dem Apparat. Sie hatte eine Menge Fragen an ihn und Aufträge, die sich hauptsächlich um sein Wohlbefinden drehten. Er sagte nur ja und immer wieder ja. Sie mußte sonst merken, daß ihm die aufsteigenden Tränen am Sprechen hinderten.

Und dann, als ein energisches „Schluß“ dazwischen gerufen wurde, war alle Not und alle Sorge aus seinem Gesicht wie weggewischt. Sie hatte ihn nicht belogen; war wirklich in Wien bei der Mutter.

Staub lag über den Straßen Roms, Staub auf den Palmen, deren feine Spitzen sich in das Blau des Himmels bohrten, Staub auf den Wänden, deren weitausgedehnter Geäst dürftigen Schatten spendete. Sengende Hitze brütete über der ewigen Stadt; Autos und Trambahnen hekten nach Ostia, wo der Wellenschlag des Meeres willkommene Kühlung brachte.

Ein Luxuswagen, über dessen Stahlblauem Lack eine dicke Staubschicht lag, zog eine elegante Schleiße um den großen Platz vor dem Bahnhofgebäude von Rom. Der

Schlag klappte zurück, über das Trittbrett stieg eine Dame in einem weißen Rehmantel.

Die Mercedes fuhr über dem Eingangsportal zeigte sieben Minuten nach sechs. Der Ausgang von Mailand mußte bereits eingelaufen sein. „Guten Sie, Venuto!“ drängte die Dame ihren Chauffeur und zog den hellen Lederhandschuh fester über das Gelenk. „Eine blonde Signora! Jung! — Für den Fall, daß ich sie verfehlen sollte. Und hören Sie, Venuto —“

Aber die kaffeibraune Livree des Chauffeurs war schon im Menschengewimmel verschwunden. Die Dame schlangelte sich nun selbst durch die Gasse der Partenden und Gasser. Sie dumm, daß man an der Via del Tritone eine unerwartete Verkehrsstörung gehabt hatte. Und diese sechs Minuten war sie zu spät gekommen. Ihr Besuch würde sich hoffentlich zurückfinden. Schließlich konnte es ja auch sein, daß sie aneinander vorübergeschlüpft waren. Das Erkennen nach sechzehn Jahren war immerhin ungewiß.

Dann ein reiches Zugreifen. „Carissima Steffani!“ Zwei Arme hielten die junge Frau fest, damit sie im Gedränge nicht wieder entweichen konnte. Trotz der Enge, in der man eingeklemmt stand, bekam Stephanie Merlin zwei Küsse auf Mund und Wangen. „Wie bist du süß! Ganz deine Mutter.“ Sie sah nach dem Herrn, der, ungeachtet aller Stöße und Puffe, die ihm von allen Seiten zuteil wurden, dicht hinter ihrer Nichte stehen blieb. „Dein Mann?“

„Nein, Tante!“ —  
Die junge Frau lächelte.  
„Ich erkläre dir das zu Hause, Tante!“  
„Wie du willst, mein Liebes.“

Als man sich durch das ärgste Gedränge gewunden hatte, stellte Stephanie vor: „Herr Oberleutnant Joe Brandt!“

Mit tadelloser Verbengung führte der ehemalige Offizier die Hand der Signora an die Lippen. Ein Lächeln glitt über das Gesicht der schönen Römerin. „Ecco! Warum nicht? Wenn die Ehe der Nichte nicht glücklich war? Sie hatte sich längst abgewöhnt, Kritik zu üben, wenn es sich um Liebe handelte. Es kam nichts dabei heraus.

Der Chauffeur kam nach ergebnisloser Suche zum Wagen, sah, daß die Gebieterin ihren Besuch gefunden hatte und öffnete rasch den Schlag. Joe Brandt trug einen kinderlichen Ausdruck um den Mund. Noch nie hatte er der Schmach seines Bergens folgen und Italien besuchen können. Und nun war er da. Fuhr dahin unter dem japhisblauen Himmel Roms. Sah plötzlich das lehmig gelbe Riesenmauerwerk sich dahinschlängeln und die Kolosse der Engelsburg und des St. Peters vor sich auftauchen.

Frau von Giulio gefiel er. Er war ohne Zweifel hübsch mit seiner schlanken Figur und dem vertrauten Augenpaar, das sich an all dem Schönen so gar nicht satt zu sehen vermochte. Sie begriff, daß Stephanie ihn liebte. Der Palazzo, den sie bewohnte, lag oberhalb vom Zentrum der Stadt. Der große Park dehnte sich bis nach St. Nikolo hin. Da konnte einer lange lachen, bis man eine Spur der Liebenden fand.

Als aber am Abend Stephanie ihrer Tante sagte, wie die Dinge eigentlich lagen, hatte diese nichts als ein einziges Stöhnen für deren Eröffnungen. „Ist er es denn wert, Bambino, daß du so viel für ihn wagst? — Man muß sich auch über seine Gefühle klar sein, Stephanie. Ich würde mir nicht so viel aus ihm machen. Aber du mußt ja wissen, was du tu!“

„Ja, Tante! — Und du leihst mir deine Hilfe?“  
„In jeder Weise. Meine Verbindungen gehen durch ganz Italien. Du wirst nirgends verschlossene Türen finden. Nirgends, meine Liebe! Ich werde Sorge tragen, daß du in alle Kreise kommst, vornehmlich in solche, die dir von Nutzen sein können. Auf diese Weise läßt sich viel erreichen.“

„Joe muß natürlich als mein Bruder gelten, Tante.“  
Die schöne Frau wurde nachdenklich. „Leicht wird das nicht sein, Bambino. Denke nur, wie unähnlich ihr euch seid. Ihr werdet als Geschwister überall Aufsehen erregen. Begreift du das nicht?“ fragte sie, als sie den niedergeschmetzten Gesichtsausdruck Stephanies bemerkte. „Deine Blauheit ist gewiß entzückend, aber neben dem Dunkel von deinem Oberleutnant springt sie zu sehr ins Auge und bleibt im Gedächtnis haften. Und das ist gefährlich, Kind! Gefährlicher, als du glaubst.“  
(Fortsetzung folgt.)